

Gerechte Weltwirtschaft

Wege aus der Freihandelsfalle



Inhaltsverzeichnis

Kleingedrucktes

Einstiege 12

Verhandlungspositionen

Quo vadis Welthandel? 20

Globalisierte Wirtschaftspolitik
Von Ernst Christoph Stolper

Problematisch für die Demokratie 27

Handelsabkommen und Rechtsstaatlichkeit
Von Roman Huber und Nicola Quarz

Ein ambivalentes Verhältnis 33

Internationale Handelspolitik und nachhaltige Entwicklungsziele
Von Jürgen Maier und Marie-Luise Abshagen

Neue Kürzel für alte Inhalte 39

Konzernklagerechte in Handelsabkommen
Von Peter Fuchs

Strafzölle

Streit? Volle Energie voraus! 46

Freihandel und Klimaschutz
Von Jürgen Knirsch

Mehr Klasse statt Masse 53

Landwirtschaft und Freihandelsabkommen
Von Berit Thomsen

Gefahr erkannt, vom Handel nicht gebannt 59

Das europäische Chemikalienrecht und der Freihandel
Von Manuel Fernández

- 66 Freie Fahrt für Amazon und Co.?**
E-Commerce und Datenschutz
Von Sven Hilbig
- 73 Vielfalt in Gefahr**
Kultur- und Kreativwirtschaft in Freihandelsabkommen
Von Olaf Zimmermann
- 79 Vertane Chancen**
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika
Von Klaus Schilder

Faire Partnerschaft

- 86 Theoretisch gut, praktisch noch schwach**
Ökologische und soziale Standards in Handelsverträgen
Von Alexander Geiger und Jochen Steinhilber
- 92 Unverbindliche Nebelkerze**
Nachhaltigkeitskapitel in EU-Handelsverträgen
Von Roland Süß
- 95 Wie geht das zusammen?**
Freier Handel und Verbraucherschutz
Von Klaus Müller und Linn Selle
- 102 Schlüssel zu dauerhaft fairem Handel**
Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge
Von Wolfgang Deinlein
- 108 Leitprinzipien für die Menschlichkeit**
Der UN-Treaty-Prozess
Von Karolin Seitz
- 113 Bausteine für den Neuanfang**
Agenda für eine alternative Handelspolitik
Von Fabian Flues

Impulse

Projekte und Konzepte 119

Medien 125

Spektrum Nachhaltigkeit

Wider ein stilles Dahinsiechen 130

Plädoyer für ein starkes Vorsorgeprinzip
Von Günther Bachmann

Wann ist der Zustand endlich gut? 135

Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie
Von Sebastian Schönauer

Ein Leben für das ethisch-ökologische Kapital 140

Nachruf auf den Volkswirt Gerhard Scherhorn
Von Johannes Hoffmann und Gerhard Hofmann

Politische Ökologie kritisch denken 142

Nachruf auf den öko-marxistischen Intellektuellen Elmar Altvater
Von Ulrich Brand

Rubriken

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 144

Vorschau 145

Für die gedeihliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung danken wir dem Wissenschaftlichen Beirat des BUND.



Bund für
 Umwelt und
 Naturschutz
 Deutschland

Landwirtschaft und Freihandelsabkommen

Mehr Klasse statt Masse

Von Berit Thomsen

Schweinshaxen aus Kanada, Milch aus Neuseeland und Rindersteaks aus Brasilien – in der Logik der Freihandelsabkommen entscheidet der Preis darüber, wer Ware wohin exportiert. Um die Ausbeutung von Mensch und Tier oder die Zerstörung bäuerlicher Strukturen zu verhindern, bräuchte es dagegen mehr Qualitätsstandards.

— Egal ob CETA, JEFTA oder Mercosur – das Thema Landwirtschaft kristallisiert sich immer wieder als problematischer Knackpunkt bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen heraus. Aktuell hat Europa insbesondere sensible Agrarprodukte im Milch- und Fleischsektor zum Teil noch mit hohen Zöllen vor billigen Importen geschützt. Dieser Schutz soll nun im Lauf der Verhandlungen von Freihandelsabkommen peu à peu fallen.

Ein Beispiel ist CETA. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada wird seit dem 16. September 2017 vorläufig in weiten Teilen des Vertrags angewendet und bedarf für die endgültige Ratifizierung noch der Zustimmung von etwa 40 Parlamenten in den EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch vom deutschen Bundesrat und Bundestag. Mit der vorläufigen Anwendung des CETA-Vertrags werden sich die zollfreien Quoten für Schweine- und Rindfleischimporte aus Kanada um das 14- respektive 12-Fache gegenüber bestehenden Zollquoten erhöhen und zwar schrittweise über acht Jahre. Die Vertretung der kanadischen Schweineproduzenten, der Canadian

Pork Council (CPC), engagierte sich kürzlich in Kanada erfolgreich für Änderungen der Ausfuhrbestimmungen, damit der Weg für Exporte nach Europa umgehend frei wird. Diese Eliminierung von Barrieren ermögliche eine Absatzsteigerung, was von äußerster Bedeutung für einen florierenden Schweinesektor sei, lässt sich der CPC zitieren, nicht ohne hinzuzufügen, dass Europa eine sehr bedeutsame Region für den Konsum von Schweinefleisch sei. (1) Das liest sich ähnlich wie die Argumentation der europäischen Agrarindustrie, die Absatzmärkte für ihre Fleischerzeugnisse außerhalb der EU erobern will, weil sie dort auf eine bedeutsame Nachfrage hofft. Letztendlich entscheidet in der Logik dieser Freihandelsabkommen der Preis darüber, wer Ware exportiert. In Kanada lag etwa der Schweinepreis einige Jahre bis zu 60 Prozent unter dem europäischen. In Kanada gibt es kaum Tierschutz- oder Umweltvorschriften. (2) Höhere Tierschutz- und Umweltstandards werden im Handel nicht anerkannt. Auch kennzeichnen überschüssige Mengen den Rindfleisch- und mehr noch den Schweinefleischmarkt in Europa, weshalb die Erzeugerpreise nicht immer die Produktionskosten decken. Auch kleine Mengenveränderungen, etwa durch Importe, würden die Preise auf einem übersättigten Markt erheblich senken.

Negative Effekte einer Liberalisierung

Am 8. Dezember 2017 haben die EU und Japan die Verhandlungen für ihr gemeinsames Freihandelsabkommen offiziell beendet. Eine Unterzeichnung des JEFTA-Vertrags durch Japan und die EU-Mitgliedsstaaten wird im Juli 2018 angestrebt. Das Thema Landwirtschaft war bis zum Schluss ein strittiges und hart umkämpftes Thema. Während die Agrarindustrie und ihre Vertreter(innen) in Europa eine möglichst starke Öffnung der Märkte für ihre Exporte erwarten, haben sich Bäuerinnen und Bauern in Japan gegen ein solches Freihandelsabkommen ausgesprochen. Tritt JEFTA in Kraft, erhält die EU einen ungehinderten Zugang zu verarbeitetem und unverarbeitetem Schweinefleisch des japanischen Markts. Der japanische Importzoll für Rindfleisch aus der EU wird über einen Zeitraum von 15 Jahren progressiv reduziert, von 38,5 auf neun Prozent. 50.500 Tonnen Rindfleisch soll die EU zollfrei exportieren dürfen. Für Mozzarella und Fetakäse fallen die japanischen Zölle gleich nach Inkrafttreten auf null. Für Parmesan, Gouda und Cheddar werden die japanischen Zölle innerhalb von 15 Jahren abgeschafft.

Für Neuseeland und Australien hat die EU-Kommission jüngst Entwürfe für Handelsmandate vorgelegt, die vom EU-Rat beschlossen werden müssen. Neuseeland hat ein massives Interesse daran, seine Milchprodukte zu exportieren, und erwartet bei einem möglichen Freihandelsabkommen mit der EU einen besseren Marktzugang. Die deutsche Bundesforschungsanstalt Thünen Institut hat die Auswirkungen einer vollständigen Handelsliberalisierung mit Neuseeland und Australien untersucht. Die Analyse erwartet große negative Effekte einer Liberalisierung auf dem Rindfleisch- und Milchmarkt. Hier erhebt die EU derzeit sehr hohe Zölle. Laut der Analyse würde die Milchproduktion in der EU am stärksten betroffen sein. Abhängig davon, inwieweit Ozeanien tatsächlich in der Lage ist, die Milchproduktion zu steigern, würde die Produktion in Deutschland bei einer vollständigen Liberalisierung zwischen 3,3 und 3,9 Prozent bei Rohmilch und zwischen 3,9 und 4,5 Prozent bei Milchprodukten zurückgehen. (3) Die frappierend unterschiedlichen Betriebsstrukturen – ein neuseeländischer Betrieb hat im Durchschnitt rund 400 Kühe, während in Deutschland die durchschnittliche Betriebsgröße bei etwa 60 Milchkühen liegt – würde ein solches Abkommen in Konkurrenz zueinander bringen.

Mehr Fleischimporte durch Mercosur

Auch bei dem Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay ist der Agrarsektor hart umkämpft und erschwert den Abschluss. Die EU musste Zugeständnisse machen und hat im Februar 2018 die Freihandelsquote für Rindfleisch von 70.000 auf 99.000 Tonnen und die Quote mit niedrigen Zöllen für Zucker von 100.000 auf 120.000 Tonnen erhöht. Beim Mercosur-Abkommen schlägt sogar die europäische Agrarindustrie, die sonst pro Freihandel eingestellt ist, jedenfalls wenn sie exportieren kann, Alarm. Der Verband der Europäischen Zuckerindustrie, die europäischen Rübenanbauer und auch die EU-Ausschüsse der Bauernverbände und ländlichen Genossenschaften kritisieren die Brüsseler Zugeständnisse im Agrarsektor. Unterstützt werden sie von einigen EU-Mitgliedsstaaten, Deutschland ist nicht dabei. Sie fürchten eine Bedrohung der hohen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards in Europa. Die Zuckerindustrie zeigt sich besorgt, dass Gentechnik-Rohrzucker in die EU geschwemmt werden könnte. Durch die Vielzahl der Handelsabkommen akkumulieren sich die Import-

quoten, wie beim Rindfleisch deutlich wird. Mit CETA muss die EU, wenn auch Deutschland dem Abkommen im Bundesrat und Bundestag zustimmt, 50.000 Tonnen Rindfleisch langfristig zollfrei aus Kanada importieren. Dazu kämen bei einem Abschluss mit den Mercosur-Ländern weitere 99.000 Tonnen plus künftige Freihandelsquoten aus Ozeanien, von wo aus Überschussgründen ebenfalls rotes Fleisch exportiert werden soll. Die Agrarindustrie und ihre politischen Vertreter(innen) haben die Handels- und Exportpolitik in eine Sackgasse manövriert.

**„ Die Agrarindustrie und ihre politischen
Vertreter(innen) haben die Handels- und
Exportpolitik in eine Sackgasse manövriert.“**

Bäuerliche und gesellschaftliche Gruppen kritisieren schon länger die exportorientierte Agrar- und die damit verbundene Handelspolitik. Sie weisen daraufhin, dass es bei den Importen nicht nur um Menge geht – auch die Art und Weise der Produktion spielt eine Rolle, wie das Beispiel Mercosur zeigt. Brasilien hat in den vergangenen 14 Jahren die Rindfleischproduktion ausgebaut und die Exporte um 700 Prozent erhöht. Heute ist das Land der größte Exporteur von Rindfleisch auf dem Weltmarkt. Die Viehwirtschaft ist eine bedeutende Treiberin bei der Entwaldung und bei Landnutzungsänderungen. 29 Prozent der bewaldeten Fläche wurde binnen eines Jahres gerodet.

Am stärksten wachsen die Rinderherden in Amazonien, das den größeren Anteil seiner Produktion exportiert. Mit dieser Entwicklung breiten sich auch unreguliert Schlachthöfe aus. 71 Prozent der 52 Schlachthöfe im Bundesstaat Amazonas sind illegal. Aufgrund mangelnder Regulierung verfügen viele Schlachthöfe nicht über Mechanismen, um die Herkunft der Schlachttiere zu verifizieren. Diese Grauzone bietet den vielen am Rande der Legalität operierenden Rinderfarmen der Region einen Absatzmarkt. Darunter finden sich zahlreiche Farmen, die in Landkonflikte

mit Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Indigenen verwickelt sind und gegen das Arbeits- und Umweltrecht verstoßen. Die Rinderfarmen stehen an der Spitze der Unternehmen, die auf der Schwarzen Liste des brasilianischen Arbeitsministeriums über sklavenähnliche Beschäftigung auftauchen.

Obwohl die Rinderhaltung in Brasilien stark intensiviert und industrialisiert wurde, gibt es nach wie vor Strukturen unabhängiger kleiner und mittelgroßer Rinderbetriebe. Allerdings besagen Prognosen, dass sich der Trend zur Rationalisierung und Produktionssteigerung weiter fortsetzen wird und die Rindfleischexporte bis zum Jahr 2025 um 39 Prozent steigen werden. (4)

Qualifizierter Marktzugang verhindert Dumping

Schon jetzt importiert die EU jährlich mehr als 100.000 Tonnen Rindfleisch aus Brasilien, das entspricht rund einem Drittel der gesamten Rindfleischimporte. Damit trägt Europa die negativen Folgen der Rindfleischproduktion in Brasilien mit und wird sie aufgrund der geplanten Ausdehnung der Freihandelsquoten in Zukunft auch noch stärker zu verantworten haben. Die Verbraucher(innen) in Deutschland und Europa formulieren ihre Ansprüche an die heimische Tierhaltung. Das hat eine Debatte über den Umbau der Tierhaltung ausgelöst. Die Verbraucher(innen) wollen aber auch kein Steak auf dem Teller, dessen Produktion zur Entwaldung oder Vertreibung von Landlosen in Brasilien geführt hat. Sie wollen, dass Tiere artgerecht gehalten werden, sie wollen nicht, dass sie mit Hormonen und Gentechnikfutter gemästet und ihre Schlachtkörper mit Chlor besprüht wurden. Da Fleischimporte auch zu Sozial- und Umweltdumping in der europäischen Rinderhaltung führen, muss die europäische Landwirtschaft vor Wirkungen geschützt werden, die qualitative und bäuerliche Strukturen zerstören. Dabei kann auch der Importpreis eine Rolle spielen, wenn dieser heimische bäuerliche Strukturen hier und dort zu unterbieten droht.

Die Zeit ist reif für eine sogenannte Qualifizierung des Marktzugangs. Dieses Konzept hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft mit landwirtschaftlichem Blick auf die Handelspolitik entwickelt. Der qualifizierte Marktzugang bedeutet, dass die EU das Recht hat, bei Importen von Agrarprodukten Qualitäten einzufordern. Das kann bei Einfuhren von Rindfleisch aus den Mercosur-Staaten be-

deuten, dass bei der Erzeugung und in der Wertschöpfungskette Menschenrechte geachtet und die Tiere artgerecht gehalten werden. Weidehaltung hat Vorrang und die Fleischerzeugung soll nicht zur Entwaldung oder Vertreibung von Landlosen führen. Die Exporteure sind in der Pflicht, diese Kriterien einzuhalten. Werden sie nicht beachtet, kann die EU die Importe entweder ablehnen oder eine Abgabe auf sie erheben. Aus dieser lassen sich dann menschenrechtsachtende und bäuerliche Strukturen in den jeweiligen Ländern fördern.

Der qualifizierte Marktzugang ist auf alle Agrarprodukte anwendbar. Die Anforderungen unterscheiden sich nach den Umständen in den jeweiligen Exportländern. Umgekehrt haben alle Länder, die Agrarprodukte aus der EU importieren, ebenfalls das Recht, ihre Kriterien zu entwickeln. Entwicklungsländer etwa können den Schutz vor billigen EU-Agrarimporten einfordern, um zur Armut- und Hungerbekämpfung ihre heimische Tierhaltung auszubauen und weiterzuentwickeln. _____

Anmerkungen

- (1) www.nationalhogfarmer.com/marketing/canadian-pork-producers-one-step-closer-exporting-eu-following-ceta
 - (2) Kikou, Olga: Animal Welfare for Farm Animals in CETA. In: PowerShift/CCPA et al. (2016): Making Sense of CETA. Berlin/Ottawa, S. 52.
 - (3) Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Schriftliche Fragen Nr. 10/088 und 10/099, Berlin, 23. Oktober 2017.
 - (4) Fritz, Thomas (2017): Das EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand. www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf
- Sharma, Shefali (2017): The Rise of Big Meat. www.iatp.org/the-rise-of-big-meat



Was hätten Sie sich besser nicht eingehandelt?

Wir sollten uns nicht den Unmut der Bäuerinnen und Bauern einhandeln, sondern die Herausforderungen wahrnehmen, vor denen sie stehen.

Zur Autorin

Berit Thomsen, geb. 1970, Agraringenieurin, ist Mitarbeiterin bei der AbL.

Kontakt

Berit Thomsen
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL)
E-Mail thomsen@abl-ev.de